

■ Die Frage, was Soziale Arbeit ist, wird im wissenschaftlichen Diskurs durchaus unterschiedlich beantwortet. Im Folgenden werde ich Sie konfrontieren mit einer eigenen Antwort auf diese Frage (Was ist Soziale Arbeit?). Es handelt sich hierbei um Überlegungen, die nicht nur Eingang gefunden haben beispielsweise in das Curriculum des Studiengangs Soziale Arbeit an der Evangelischen Hochschule Darmstadt, sondern die darüber hinaus nicht unwesentlich die wissenschaftliche Diskussion um eine Professionalisierung und insbeson-

Was ist Soziale Arbeit?

Soziale Arbeit in Zeiten zunehmender sozialer Ausschließung und Ausgrenzung



Prof. Dr. Frank Bettinger

Bis 2013 Professor für Sozialpädagogik an der EH Darmstadt; Lehraufträge an diversen Hochschulen in Deutschland; Vorsitzender des Bremer Instituts für Soziale Arbeit + Entwicklung (Hochschule Bremen); Mitbegründer des bundesweiten Arbeitskreises kritische Soziale Arbeit (AKS) frank.bettinger@t-online.de www.bisa-bremen.de www.kritischesozialarbeit.de

dere Politisierung Sozialer Arbeit sowie das Bemühen um eine reflexive und kritische Soziale Arbeit im deutschsprachigen Raum beeinflusst haben.

Missverständnisse

Diese Überlegungen zu den Aufgaben und Funktionen Sozialer Arbeit, die in aller Kürze vorgestellt werden sollen, unterscheiden sich erheblich von den eher alltagstheoretischen und naiven Vorstellungen, mit denen Sozialarbeiterinnen und Sozialpädagogen regelmäßig in Gesprächen mit Bürgern und Bürgerinnen oder auch mit Entscheidungsträgern aus dem Politikbereich konfrontiert werden. Denn tatsächlich scheint doch kaum jemand nicht »konkret« zu wissen, was von Sozialarbeitern und Sozialpädagoginnen zu erwarten ist. Problematisch werden solche Vorstellungen dann, wenn aus ihnen die Aufgaben und Aufträge resultieren, mit denen Sozialarbeiter und Sozialpädagoginnen dann konfrontiert werden: »Kriminalität und Abweichung bekämpfen«, »Fördern und Fordern«, »Kontrollieren«, »Disziplinieren«, »Erziehen« u.v.m. Nicht selten wird Soziale Arbeit als »soziale Feuerwehr« oder als gesellschaftliche Ordnungsinstanz missverstanden

oder missbraucht, die zur Befriedung von Gemeinwesen und »sozialen Brennpunkten« oder zur (Re-)Integration »gefährlicher«, »gefährdeter« oder »sozial Schwacher« bzw. »leistungsschwacher« Personen und Gruppen beizutragen habe.

Fehlende Anerkennung und Ressourcen

Und in gleichem Maße, wie die an die Soziale Arbeit gerichteten Aufgaben- und Funktionszuweisungen zunehmen, wird ihr nicht nur gesellschaftliche Anerkennung verwehrt, sondern werden ihr die finanziellen und personellen Ressourcen vorenthalten bzw. beschnitten, die notwendig wären, um diese an die Soziale Arbeit gerichteten Aufgaben und Aufträge überhaupt bewältigen zu können. Erschwerend kommt gerade in Bremen hinzu, dass tatsächliche Bedarfe an sozialstaatlichen Angeboten oder Dienstleistungen (insbesondere für die es keinen Rechtsanspruch gibt) wegen ausbleibender Sozialplanungsprozesse ebenso wenig bekannt sind, wie die tatsächlichen Lebenslagen und Bedürfnisse von Familien, Kindern und Jugendlichen (und dies, obwohl der Senat gesetzlich einmal in der Legislaturperiode zur Erhebung verpflichtet ist!). So interessiert die Entscheidungsträgerinnen in Politik und Verwaltung nicht, welche konkreten Bedarfe es gibt, um an diesen orientiert fachliche Konzepte und Angebote zu entwickeln und zu implementieren. Vielmehr geht es ihnen zunehmend darum, in vielen Bereichen sozialstaatliche Errungenschaften und Notwendigkeiten wegen angeblich vorliegender »Sachzwänge« abzubauen, und stattdessen Konzepte und Maßnahmen zu kreieren oder zu übernehmen, die vor allem billiger sind und sich dann dennoch im Nachhinein irgendwie mit fachlicher Terminologie begründen lassen. – Und nicht zuletzt werden zunächst Sozialarbeiterinnen und Sozialpädagogen zur Verantwortung gezogen bzw. müssen sich dafür legitimieren (ein prominentes Beispiel ist der sog. »Fall Kevin«), wenn – nicht nur in Folge unerträglicher Sparmaßnahmen – die erhofften »Wirkungen« sozialarbeiterischer bzw. sozialpädagogischer Prävention, Intervention oder Reaktion ausbleiben.

Reduziertes Aufgabenverständnis

Dabei basieren die Annahmen der zumeist staatlich-politischen »Auftraggeber« regelmäßig auf einem unwissenschaftlichen und viel zu reduzierten oder sogar ideologischen Verständnis von individuellen Problemlagen bzw. von »sozialen Problemen«. Gemeint ist ein alltagstheoretisches Verständnis, das nicht nur den Erklärungsversuchen bezüglich individueller Problemlagen oder sozialer Probleme zugrunde liegt; zudem geht mit diesen Erklärungsversuchen die naive und zugleich gefährliche Annahme einher, man könne individuelle, aber strukturell bedingte Problemlagen bzw. »soziale Probleme« – einem naturwissenschaftlichen Verständnis von Gesellschaft folgend – quasi technisch beheben. In der Konsequenz werden aus den Folgen eines neoliberalen Kapitalismus bzw. aus »sozialen Problemen« die »Problem-belasteten«, die »Gefährlichen«, die »Defizitären«, die »Unangepassten«, die »Leistungsunwilligen« oder »Aktivierungsresistenten«, die der individualisierenden Bearbeitung durch Aktivierenden Staat, Sozialpolitik und Soziale Arbeit zuzuführen sind. – Ein solches Verständnis von »sozialen Problemen« bzw. von den Funktionen und Aufgaben Sozialer Arbeit – insbesondere in Anbetracht der Ausblendung gesellschaftlicher (Ungleichheits-)Verhältnisse – ist allerdings entschieden entgegen zu treten! Eine Forderung, die formuliert wird in Anbetracht

1.) sozialwissenschaftlicher Krisendiagnosen bezogen auf einen unterstellten tief greifenden Strukturwandel. So scheint Einigkeit dahin gehend zu bestehen, dass gesellschaftliche Widersprüche und in der Folge massive Problemlagen und das Leiden vieler Menschen (zunehmende Armut, strukturelle Arbeitslosigkeit, unsichere Lebens- und Beschäftigungsverhältnisse, Ausgrenzung und Ausschließung) in unserer Gesellschaft im Kontext dieser gesellschaftsstrukturellen Umbrüche eine neue Qualität erreicht haben; sowie

2.) narkotisierender Schleier, die – ausgehend von interessegeleiteten neoliberalen Diskursen und im Zusammenwirken mit kulturindustriellen Berieselungen – die Menschen

nicht nur dazu drängen, gute Untertanen, Marktteilnehmer und Konsumenten zu sein und sich mit den Verhältnissen (so wie sie sind) abzufinden, sondern zudem kontinuierlich dazu motivieren, sich an der unsäglichen Maxime »jeder ist seines Glückes Schmid« zu orientieren.

Wenn wir als Bürger und Bürgerinnen und gerade auch als Sozialpädagogen und Sozialarbeiterinnen diese Entwicklungen nicht einfach nur zur Kenntnis nehmen, sondern darauf hinaus wollen, einen Zusammenhang herzustellen zwischen den Strukturen und Prozessen im neoliberalen Kapitalismus und der Aktualität von sozialer Ausschließung und Ausgrenzung, dann sollten wir bemüht sein, Antwort darauf zu geben, wie wir uns zur Tatsache zunehmender sozialer Ungleichheit, Armut, Arbeitslosigkeit sowie prekärer Lebens- und Beschäftigungsverhältnisse verhalten wollen.

Kritische Sozialarbeit

Angesichts einer zunehmend entsolidarisierten Gesellschaft, die ihre Entwicklungsperspektiven nahezu ausschließlich an Kategorien wie Verwertbarkeit, Effizienz, Konkurrenz und Profit anlegt sowie angesichts sich verschärfender sozialer Ungleichheits- und Ausgrenzungsverhältnisse ist es m. E. dringend geboten, dass (Aus-)bildung und Wissenschaft, Kirchen, Gewerkschaften und soziale Bewegungen aus den disziplinären und institutionellen Beschränkungen heraus treten und sich gemeinsam im Kampf gegen zunehmende soziale Ungleichheit, Ausschließung und Ausbeutung engagieren – im Bemühen um eine solidarische Gestaltung des Sozialen mit vereinten Kräften.

In diesem Zusammenhang ist eine selbstbestimmte und politische Soziale Arbeit zu fordern (und realisierbar), die bemüht ist, sich von den eingangs beschriebenen Funktions- und Auftragszuschreibungen zu emanzipieren (beispielsweise von einer ideologischen, wahltaktisch geprägten und jegliche fachliche Expertise ignorierende Entscheidung des Bremer Bürgermeisters, Geschlossene Unterbringung für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge zu realisieren). Zu fordern ist eine kritische Soziale Arbeit, die sich dadurch auszeichnet,

dass sie ihren Gegenstand (also das, womit sie es zu tun hat,) eigenständig benennt und sich darauf in der sozialpädagogischen und sozialarbeiterischen Praxis auch tatsächlich bezieht. Gegenstand Sozialer Arbeit sind Prozesse und Auswirkungen sozialer Ausschließung und Ausgrenzung. Hierauf Bezug nehmend können als Funktionen Sozialer Arbeit u.a. die Realisierung gesellschaftlicher Teilhabe und Chancengleichheit sowie die Ermöglichung sozialer, ökonomischer, kultureller und politischer Partizipation benannt werden. Zur Realisierung von Teilhabe, Chancengleichheit und Partizipation hat eine sich kritisch verstehende Soziale Arbeit neben der Gewährung von Hilfe und Unterstützung u.a. Bildungs- und Sozialisationsprozesse zu offerieren, die sich einerseits orientieren an den Prinzipien der Aufklärung und Emanzipation sowie der Ermöglichung von Lebensbewältigungskompetenzen, andererseits an den Bedürfnissen, Wünschen und Interessen der Nutzer und Nutzerinnen sozialpädagogischer bzw. sozialarbeiterischer Angebote. Und: eine solche kritische Soziale Arbeit hat Macht-, Herrschafts- und Ungleichheitsverhältnisse sowie die Strategien und Prozesse, die diese Verhältnisse kontinuierlich reproduzieren, zu thematisieren und zu skandalisieren. – Dass eine solche politische und an den Bedürfnissen der Menschen orientierte Soziale Arbeit möglich ist, zeigt bundesweit seit einigen Jahren das Engagement vieler Kolleginnen und Kollegen aus Praxis und Hochschulen im Arbeitskreis kritische Soziale Arbeit (AKS) sowie in neu gegründeten Bündnissen Soziale Arbeit in Bremen und in Berlin. Notwendiger denn je scheint aber darüber hinaus eine (in Anbetracht hegemonialer neoliberaler Ideologie nicht zu erwartende) radikale Reform der Ausbildungsgänge an den (Fach-)Hochschulen, die nicht zuletzt in Folge des sog. Bologna-Prozesses häufig nicht nur kein Interesse mehr an Gesellschaftstheorie, Sozialstaatskritik und Herrschaftsverhältnissen zu haben scheinen, als vielmehr an der Gewährleistung von Marktkonformität, gesellschaftlicher Ordnung sowie an der Produktion von Funktionsträgern und Untertanen.

Privatisierungsreport – 12

Die Heilsbringer kommen – zur schleichenden Deprofessionalisierung im Schulbereich



Die Aufgaben wachsen – der Personalstand nicht. In dieser Konstellation kommen seit einigen Jahren auf den verschiedensten Wegen Menschen in die Schulen, die keine pädagogische oder lediglich eine Schmalspur-Ausbildung haben, aber wichtige Teile der Arbeit – oftmals auch den Unterricht – übernehmen. Auf diese Weise lernen die Schülerinnen und Schüler etwa Seiteneinsteiger in den Beruf, Unternehmensvertreter, Ingenieure der Telekom, im öffentlichen Dienst überflüssige Förster, die »Teach-First-Fellows«, Bildungspaten, -coaches und -lotsen, prekäre Beschäftigte, Mini-Jobber, Ehrenamtliche und neuerdings Jugendoffiziere der Bundeswehr kennen. Was auf den ersten Blick wie eine personelle Notlösung aussieht, wird öffentlich gerne schön geredet und von Schulen, die dringend Unterstützung brauchen, oft willkommen geheißen: Endlich Unterrichtsgarantie! Endlich individuelle Förderung! Endlich authentisches Wissen aus der Wirtschaft! Endlich Sicherheitspolitik aus erster Hand! Diese Stimmung meint der Titel dieses Privatisierungsreports: »Die Heilsbringer kommen!«

Die Broschüre kann von der Homepage des GEW-Hauptvorstandes heruntergeladen werden. Bestellung in Papierform über die GEW-Geschäftsstelle Bremen.